Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

02.07.2018

Aktenzeichen
3431 - Z. 44
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Böllinger
Telefon: 0211 8792-521

Vorsitzender des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Dr. Werner Pfeil MdL
40221 Düsseldorf

nachrichtlich:
Rechtsausschuss des Landtags
- Referat I 1 -
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/918

A14

17. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 4. Juli 2018
Öffentlicher Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt 18 (**Belastung und Gefährdung der Justiz durch Reichsbürger/innen**)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt 18 (**Belastung und Gefährdung der Justiz durch Reichsbürger/innen**) zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen

17. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 4. Juli 2018

Schriftlicher Bericht zu TOP 18
(„Belastung und Gefährdung der Justiz
durch Reichsbürger/innen“)

Zu Tagesordnungspunkt 18 der Sitzung des Rechtsausschusses am 4. Juli 2018 berichte ich wie folgt:

Frage 1: Werden Reichsbürger/innen mittlerweile in den Datenbanken und Statistiken der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen gesondert erfasst? Wenn ja, wie viele Strafverfahren und Verurteilungen von Reichsbürger/innen wurden seitdem erfasst?

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sind durch meine RV vom 8. Februar 2017 (2433–Z. 247) aufgefordert, Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe zu berichten, wobei die Anzahl der Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe durch Angehörige der Reichsbürgerbewegung differenziert auszuweisen sind. Auf der Grundlage dieser Berichte ist hier - erstmals für das Jahr 2017 - eine entsprechend differenzierte Statistik über die Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erstellt worden. Die Übersicht ist diesem Bericht beigefügt.

Darüber hinaus werden Angehörige der sogenannten Reichsbürgerbewegung in den Datenbanken und Statistiken der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen nicht gesondert erfasst. Das gilt namentlich für die Anzahl der Strafverfahren und Verurteilungen.

Frage 2: Wie schätzt das Justizministerium die Gefahr durch Reichsbürger/innen für Beamt/innen und Angestellte der Justiz, unter anderem Gerichtsvollzieher/innen und Richter/innen, ein?

Auf der Grundlage der Ausführungen im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2016 muss davon ausgegangen werden, dass sich Aktionismus und Aggression in der Reichsbürgerszene weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt (vgl. S. 119). Es steht nicht zu erwarten, dass die Justiz von dieser allgemeinen Tendenz verschont bleibt.

Frage 3: Ist ein Mehraufwand durch Reichsbürger/innen in der gesamten Justiz spürbar – durch Anrufe, lange Schriftsätze, Verweigerung der Kooperation etc.?

Angehörige der sogenannten Reichsbürgerbewegung verursachen einen nicht näher bezifferbaren Mehraufwand. Das Ministerium der Justiz hat deshalb Maßnahmen ergriffen, um diesen Mehraufwand für die Beschäftigten des Geschäftsbereichs möglichst gering und beherrschbar zu halten. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine „Handreichung zum Umgang mit schwierigen Verfahrensbeteiligten", die das Ministerium im Mai 2017 im Geschäftsbereich bekanntgegeben und auch im Justizintranet veröffentlicht hat. Die Handreichung enthält neben allgemeinen Informationen über die Reichsbürgerbewegung umfangreiche Handlungsempfehlungen. Angesprochen werden dabei die typischen Fallkonstellationen, in denen Justizbedienstete

mit Angehörigen der Bewegung in Kontakt kommen können (z.B. Telefonanrufe, Eingaben, Störaktionen in Gerichten und Justizbehörden, heimlich gefertigte Ton-, Film- und Bildaufnahmen, Geltendmachung von fiktiven Schadensersatzforderungen).

Frage 4: Stellt die sogenannte Malta-Masche aktuell noch ein Problem dar?

Die sogenannte Malta-Masche stellt - soweit ersichtlich - aktuell kein Problem dar.

Anlage zum Bericht

Sicherheit der Gerichtsvolizieherinnen und Gerichtsvollzieher
Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe
in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

		OLG Düsseldorf		OLG Hamm		OLG Köln		NRW	
Nr.	Art	insgesamt	davon der Reichsbürger-bewegung zuzurechnen	insgesamt	davon der Reichsbürger-bewegung zuzurechnen	insgesamt	davon der Reichsbürger-bewegung zuzurechnen	insgesamt	davon der Reichsbürger-bewegung zuzurechnen
a)	Beleidigung, versuchte Nötigung	58	20	122	64	29	5	209	89
b)	Bedrohung ohne Waffe (mit einfacher körperlicher Gewalt aber auch mit Gegenständen des Alltags, Werkzeugen, Sportgeräten pp.)	13	0	30	4	11	2	54	6
c)	Bedrohung mit Hieb- und Stoßwaffe (Messer, Schlagstock pp) oder einem scharfen Hund	1	0	6	1	0	0	7	1
d)	Bedrohung mit Schusswaffe (auch Anscheinswaffe)	1	0	1	0	1	0	3	0